

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 30. Januar 1904.

№ 12.

Der III. deutsche Krankenkassenkongress in Leipzig am 25. Januar 1904.

Es war eine interessante und imposante Tagung, zu der wir uns in dem leider viel zu kleinen Saale des Etablissements Sanssouci als Bericht-erstatter Zutritt verschaffen konnten. Die über das Maß jeden vernünftigen wirtschaftlichen Forderens und Unpassens an gegebene Verhältnisse weit hinausreichenden einseitigen Machtgelüste des unter der Leipziger Fuchtel stehenden deutschen Ärztevereinsbundes haben einen elementaren Widerstand aller Krankenkassen hervorgerufen, gleichviel welcher Couleur sie angehören. Waren doch nach der vorläufigen Feststellung durch das Bureau nicht weniger als 795 Kassen durch 721 Delegierte mit rund 2230 000 Mitgliedern vertreten und zwar:

418 Ortskrankenkassen	mit 403 Delegierten
250 Betriebskrankenkassen	" 209 "
23 Zimmungs- u. Knappschaftsk.	" 24 "
104 freie Hilfskassen	" 85 "

Einmütig faßte der Kongress eine Resolution, in der Licht und Schatten gleichmäßig verteilt sind und die in ihren Grundzügen, in ihrer Tendenz von jedem vorurteilslos die Sachlage prüfenden Gewerkschaftler unbedenklich unterschrieben werden kann. Diese Resolution lautet nach den beschlossenen Abänderungen wie folgt:

Als Träger der Interessen von Millionen Versicherten weisen die auf dem dritten deutschen Krankenkassenkongresse anwesenden Vertreter deutscher Orts-, Betriebs-, Knappschafts-, freien Hilfs- und Zimmungskrankenkassen die Anschauung zurück, daß die durch das Krankenversicherungs-gesetz geschaffenen sozialen Institutionen den ärztlichen Notstand verschulden, da sie im schreienden Widerspruch steht mit den Tatsachen der nationalen und internationalen Statistik.

Die hier versammelten Krankenkassenvertreter erheben ferner Einspruch gegen die Versuche bestimmter Ärztegruppen, die Abwehrbestrebungen der Krankenkassen gegen unberechtigte ärztliche Forderungen als ausgesprochene sozialdemokratische Maßnahmen in Mißkredit zu bringen, denn in der Tat sind die Kassen aller Organisationsformen, gleichgültig ob sie unter der Leitung von Staatsbeamten, Unternehmern, Zimmungsmeistern oder organisierten Arbeitern stehen, einig in der Zurückweisung derartiger Forderungen.

Die Krankenkassenvertreter erblicken in dem übereifrigen Bestreben bestimmter Interessentkreise, den sozialen Gegensatz zwischen den Unternehmern und Arbeitern mit dem zwischen Ärzten und Krankenkassen gleichzustellen, eine wohlüberlegte Forderung der Versicherten zu Gunsten unberechtigter ärztlicher Standesforderungen; denn die Krankenkassen sind keine auf Profit aufgebaute Unternehmen und die Ärzte keine Lohnarbeiter, vielmehr sind die Kassen Wohlfahrtsinstitutionen und die Ärzte eine Art Sanitätsbeamte, die ein weitgehendes, tatsächliches Verfügungsrecht über Krankheitsmittel besitzen.

Die Krankenkassenvertreter sehen sich ferner gedrängt, gegen die Haltlosigkeit der in der Ärztepresse auftauchenden Vorstellungen, die Krankenkassen seien reine Selbstinstitute, aufzutreten, da ja der größte Teil der deutschen Krankenkassen noch nicht einmal den gesetzlich erforderlichen Reservefonds zusammengebracht hat.

Die Kassenvertreter erklären die Einführung der freien Arztwahl für eine innere Angelegenheit jeder einzelnen Kasse, die je nach den örtlichen Verhältnissen am zweckmäßigsten zu regeln ist und halten sich deshalb für verpflichtet, ausdrücklich für die Einführung durch gesetzliche Bestimmungen oder durch die Ärzte sich zu erklären. Der Versuch einer Reihe von Kassen, die freie Arztwahl durchzuführen, ist an der enormen Steigerung nicht nur der ärztlichen Honorare, sondern mehr noch des Krankengeldes und der Medikamente gescheitert. Sie verhindert infolgedessen den Ausbau der sozialen Fürsorge (Familien-

unterstützung, Rekonvaleszentenpflege usw.) gemäß § 21 des Krankenversicherungsgesetzes.

Die Krankenkassenvertreter halten es für ihre Pflicht, die Krankenkassen auf die charakteristische Tatsache aufmerksam zu machen, daß die Ärzte auf ihren Kongressen vielfach die Frage der freien Arztwahl mit der Frage der Bezahlung nach Einzelleistung verknüpfen.

Sie weisen die Bezahlung nach Einzelleistung auch bei ermäßigten Sätzen als eine den Ruin der Kassen herbeiführende Forderung zurück, welche den ganzen sozialen Zweck der Versicherung zu vernichten geeignet ist; sie macht die Selbstverwaltung zu einem großen Teile illusorisch.

Die Vertreter der Krankenkassen halten den Weg einer direkten Forderung von Staatsmitteln im Interesse der steuerzahlenden Arbeitgeber und Versicherten und der Selbstverwaltung der Kassen nicht für gangbar.

Die Krankenkassenvertreter bezeichnen die ärztliche Forderung, die Personen mit einem Einkommen von mehr als 2000 Mk. außerhalb der sozialen Versicherung zu stellen, für sozial rückständig und für die Fortentwicklung der Kassen lähmend.

Die Krankenkassenvertreter erachten eine Aenderung der sich auf den ärztlichen Beruf erstreckenden Bestimmungen der Gewerbeordnung für geboten, da die Krankenkassen gesetzlich zur Gewährung ärztlicher Hilfeleistung gezwungen und somit den Ärzten in die Hände geliefert sind. Der Staat, der den Krankenkassen die Gewährung dieser Leistungen direkt aufzuerlegen, muß auch gesetzlich für die Möglichkeit ihrer Erfüllung dadurch Sorge tragen, daß er die Ärzte gegen die Bezahlung staatlicher Taxen zur ärztlichen Hilfeleistung gegenüber den Krankenkassenmitgliedern verpflichtet.

Da einzelne Kassen sich vielfach als ohnmächtig gegenüber unberechtigten an sie herantretenden Forderungen erweisen, empfiehlt der Kongress für alle Orte bzw. Bezirke die Zentralisation aller Kassenarten bzw. den Zusammenschluß zu Verbänden schleunigst zu bewirken.

Die Krankenkassenvertreter erklären zum Schluß, daß sie sich von jeder prinzipiellen* Ärzteschaft frei wissen und nur bestrebt sind, die sozialen Aufgaben der Krankenkassen mit den Berufsinteressen der Ärzte in Einklang zu bringen.

Eine Erklärung der zur freien Vereinigung der Kassen Berlins und der Vororte mit freier Arztwahl in Berlin gehörigen Kassen (188 000 Mitglieder) deckt sich mit vorstehender Resolution, wie der Vorsitzende konstatieren kann. Zwei weitere Resolutionen werden ebenfalls durch die angenommenen gegenstandslos. Außerdem, erklärt der Vorsitzende, sind noch viele Zustimmung- und Protest-erklärungen bei der Zentrale in Berlin wie bei der geschäftsführenden Kasse in Dresden eingegangen, in welchen Erklärungen vielfach bedauert wird, Delegierte nicht schicken zu können, aber worin von vornherein gegen die freie Arztwahl Stellung genommen wird.

Die Verhandlungen selbst, an denen auch Vertreter der sächsischen Regierung und des Leipziger Stadtrates teilnahmen, wurden nach begrüßenden Worten der Herren Vorsitzenden Kost-Leipzig, Frähdorf-Dresden und Simanowski-Berlin und einer Ansprache des Herrn Oberregierungsrates Koch eingeleitet durch ein Referat des Herrn Albert Kohn-Berlin über das Thema: „Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Ärzteschaft.“ Für den Rahmen, in dem sich das Referat bewegte, war es sehr gut ausgearbeitet, aber es wies klaffende Lücken auf,

* Das Wort „prinzipiellen“ hätte fortfallen können, denn es gibt auch sonst keine Ärzteschaft, oder wenn doch, so hätte sie genau präzisiert werden müssen, um Missverständnisse vorzubeugen.

Wiedrigen müssen wir noch feststellen, daß der Satz der Resolution an vielen Stellen ein recht verbesserungsbedürftiger ist und einzelne Sätze ganz unklar gehalten sind. Etwas mehr Aufmerksamkeit hätte doch bei der Fassung der Resolution obwalten können.

Redaktion des „Corr.“.

die auch nicht durch eine, manchmal nicht angebrachte Stärke des Tones ausgefüllt werden konnten. Das Hin- und Herschwanken des Referenten zwischen patriarchalischem Wohlwollen und Unternehmertrope gegenüber den Ärzten fiel uns auch unangenehm auf. Seine russische Statistik hätte sich Herr Kohn ruhig schenken können, denn in Rußland gibt es noch Ärzte, deren fachliche Kenntnisse kaum an diejenigen eines deutschen Badedieners heranreichen. Ebenso ist es falsch, daß die Ärzteorganisation keine wirtschaftliche Vereinigung im Sinne unserer Gewerkschaften ist, wenn auch bei den Ärzten die Sachlage etwas schwieriger liegt, weil sie gleichzeitig Gewerbetreibende und Arbeiter sind. Als Angestellte der Krankenkassen aber erhalten sie gemäß des abgeschlossenen Arbeitsvertrages für bestimmte Arbeitsleistungen einen nach Mark und Pfennig festgesetzten Lohn. Daß der Ärzteorganisation die Qualifikation als Gewerkschaft von Herrn Kohn streitig gemacht wird, weil die Ärzte nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, ist eine leere Argumentation, denn wenn man ein solches Programm der meisten freien Gewerkschaften auf seine Tatsächlichkeit prüfen wollte, würde die Praxis der gewerkschaftlichen Tätigkeit geradezu die Verneinung des Klassenkampfes erweisen. Ganz abgesehen von den christlichen und sonstigen Gewerkschaften. Die Ärzteorganisation ist aber auch dann eine Gewerkschaft, wenn sie selbst gegenüber staatlichen Wohlfahrtsinstitutionen bestimmte Forderungen geltend macht. Das geschieht auch seitens der Pfleger und Pflegerinnen, Heilbinder und sonstiger Arbeiter und Angestellter in Krankenhäusern, Ortskrankenkassen, Taubstummenanstalten, Irrenhäusern, ja selbst in den Gewerkschaften. Und die Arbeiterschaft unterstützt diese Forderungen. Trotzdem Herr Kohn seine Behauptungen mit der Autorität Lautskys zu decken versucht, sind sie doch nicht infallibel. Wenn bei der weiteren „Beweisführung“ in diesem Punkte Herr Kohn von einer Militär- und Abenteuerpolitik des Staates sprach, so hatte das doch absolut mit dem gestellten Thema nichts zu tun.

Würde man daher nach der von Herrn Kohn und den übrigen Rednern auf dem Kongresse beliebten Manier verfahren wollen — die der Unternehmerlogik abgelauscht ist —, daß die Krankenkassen bei höheren Forderungen der Ärzte nicht ohne Beitragserhöhung bestehen könnten, so darf das nicht ein Grund sein, die Ärztesforderungen abzulehnen, vielmehr ist zu untersuchen, ob die geleistete Arbeit in einem gesunden Verhältnis zu der Bezahlung steht. Auch der Unternehmer sagt den nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden christlichen Arbeitern, die Bewilligung der gestellten Forderungen würde die Existenz seines Betriebes gefährden und erhält die prompte Antwort, daß die Arbeiter kein Interesse an der Erhaltung von Betrieben hätten, die der geleisteten Arbeit nicht die entsprechende Entlohnung zu sichern vermögen. Die Tatsache, daß es sich bei den Krankenkassen um Wohlfahrtsinstitutionen handelt, kann, aber braucht nicht für den zu Arbeitsleistungen verpflichteten Arzt entscheidend zu sein. Unterstehen nicht auch die technischen Betriebe der sozialdemokratischen Partei den Gesetzen

kapitalistischer Ausbeutung? Würde aber Herr Kohn in diesem Falle den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeitern empfehlen, gegen diese Betriebe klassenkämpferisch tätig zu sein und gegen sie vorzugehen? Man unterlasse also in Bezug auf die Ärzte gewalttätige Demonstrationen, selbst in dem Falle, wo Herr Kautsky den Grundfalsch zu läßt: „Der Zweck heiligt das Mittel!“

In dem Referate des Herrn Kohn fehlt eine erschöpfende Behandlung der Hauptstreitfrage: Freie Arztwahl! Hier wäre es am Platze gewesen, den Ärzten ihre eignen Argumente ins Gesicht zu schleudern und zwar gerade vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus. Und hier wird auch Herr Kohn finden, wie sehr richtig unser schon seit Jahren in dieser Frage eingenommener Standpunkt, daß die Ärzteorganisation als Gewerkschaft zu bewerten ist. Die Ärzte fordern von den Krankenkassen nicht mehr und nicht weniger als die Lösung einer auf unabsehbare Zeit hinaus noch in der Schwebe bleibenden Frage, nämlich die Anerkennung und Realisierung des Bismarckschen Wortes vom „Recht auf Arbeit!“ Das gibt's in der Praxis in der ganzen Welt nicht und in der Theorie stimmen ihm auch die Krankenkassen zu. Die Herren Ärzte mögen doch einmal aus der Praxis schöpfen. Die Buchdrucker z. B. haben einen über das ganze Reich sich erstreckenden Arbeitsvertrag mit ihren Prinzipalen abgeschlossen. Darin ist ausdrücklich gesagt, daß kein Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen oder Kassen vom Prinzipale bei der Vergütung von Arbeit zurückgehalten werden darf. Aber der Prinzipal hat das Recht, den zum Arbeitsantritt sich Meldenden — bei einer ganz geringen Anzahl von Fällen abgesehen — zurückzuweisen und der Gehilfe hat das Recht, die Annahme von Arbeit bei diesem oder jenem — natürlich tarifreuen — Prinzipale abzulehnen. Die Ärzte aber wollen ungleiches Recht: Sie wollen das Prinzip, daß alle Ärzte ein Recht auf Arbeit in den Krankenkassen haben, anerkannt wissen, ohne ihrerseits die Verpflichtung zur Übernahme dieser Arbeit anzuerkennen. Die sog. „besseren Arbeiter“ pfeifen auf die Klassenpraxis und dadurch erscheint die ganze Arztfrage in einem für die Krankenkassen ganz besonders trüben Lichte, so daß es höchste Zeit war, einmal einem berechtigten Anrechte auch öffentlich und demonstrativ Ausdruck zu geben.

So, wie also die Ärzte die freie Arztwahl verstanden wissen wollen, ist sie auf das Entschiedenste zurückzuweisen, auf dieser Basis muß jeder gerecht denkende Mensch das Ansehen der Ärzte bekämpfen. Und das geschieht ja zum Teile von den Ärzten selbst. Die freie Arztwahl überhaupt ist eine ideale Forderung; dieses „Recht auf Arbeit“ aber zwangsweise und einseitig nur in den Krankenkassen zu realisieren versuchen, würde diese aus dem Rahmen der zurzeit in Deutschland vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Zustände herausreißen und zerschmettern. So lange wir nach Billigkeitsrückichten in Anbetracht der Gesamtsituation ein Entgegenkommen bei den Arbeitgebern finden, arbeitet selbst der klassenkämpferische Gewerkschaftler nicht einmal bei einem Originalunternehmer auf dessen totale Vernichtung hin. Zu Wirklichkeit ist die ganze Frage der freien Arztwahl, wie Herr Koch-Hannau ganz richtig sagte, eine Frage der betriebstechnischen Praxis. Dabei werden weder die moralischen, noch die materiellen Interessen der Ärzte verletzt, ja diese Interessen sind sogar als ganz selbstverständlich mit einbezogen. Der Kongreß hat es außerdem als wünschenswert bezeichnet, daß in kleineren Orten die freie Arztwahl durchzuführen sei und im übrigen es jeder Klasse überlassen, in diesem Punkte frei und nach eigenem Ermessen zu handeln. „Der Kongreß“, so erklärte Herr Kohn in seinem Schlußworte, „ist nicht gegen ein bestimmtes Ärztesystem, weil das Sache der einzelnen Kassen und der örtlichen Verhältnisse ist.“

Leider hat Herr Kohn in seinem Referate, für das ihm eine unbegrenzte Redezeit eingeräumt

worden war, auch darauf nicht in notwendiger Weise Bezug genommen, daß die Ärzte in wohl-erwogener Absicht die Arbeiter damit für die freie Arztwahl zu fördern und in einen Gegensatz zu dem Vorstände ihrer Kassen zu bringen versuchen, daß nur die freie Arztwahl den Arbeitern es ermöglichen, sich den „Ärzten ihres Vertrauens“ zu wählen. Erst die Diskussionsredner, denen nur zehn Minuten Redezeit zur Verfügung stand, haben diese Phrase ins richtige Licht gestellt. Und das war sehr, sehr notwendig. Mit Recht sagte Herr Coblenzer-Berlin, daß die Ärzte mit seltenem Raffinement es verstanden hätten, das Wort „frei“ in der Arbeiterbewegung auszuschlachten. Nicht die Gelehrsamkeit des Arztes entscheidet für das Vertrauen, das ihm der kranke Arbeiter entgegenbringt, sondern wie und ob der Arzt es versteht, mit dem Kranken als Menschen umzugehen. So kommt es oft vor, daß mit wenig Wissen ausgestattete Ärzte eine große Praxis haben, mitunter der tüchtige Arzt leere Sprechzimmer. Bei großem Andrang läßt der „Arzt ihres Vertrauens“ seine Patienten von Assistenzärzten behandeln und sich somit das Versprochene gar nicht erfüllen. Uebrigens denken die Ärzte gar nicht daran, die freie Arztwahl und den „Arzt ihres Vertrauens“ um der Arbeiter willen zu propagieren, so viel Interesse haben die Ärzte weder an den Arbeitern noch an den Kassen. Da nützt nun alle wirkliche oder auch geheuchelte Gefühlsduselei nichts. Wir müßten in dieser Beziehung vieles aus den Art. 9 und 10 von dem wiederholen, was mit anderen Worten auch auf dem Kongresse gesagt worden ist.

Haben die Ärzte aber einmal die freie Arztwahl bei den Krankenkassen durchgeführt — Herr Braun-Königsberg bezeichnete zutreffend diese Forderung als den Kardinalpunkt des ganzen Konflikt —, können sie mit den Kassen nach Belieben schalten und walten. Dann sind ungemessene Honoraransprüche auf der Grundlage der Einzelleistungen und im Sinne der staatlichen Minimaltaxe nur Folgeerscheinungen. Dann gibt es keine Selbstverwaltung der Kassen mehr, sondern nur noch Krankenkassen zur Erhaltung eines Heeres von Ärzten, für welche die Versicherten die ohnedies hohen Beiträge noch weiter zu erhöhen hätten — ohne selbst ein Wort über die Verwendung dieser Gelder mitreden zu können. Mit ein paar treffenden Strichen zeichneten die Herren Graf-Frankfurt a. M. und Fräßdorf-Dresden die Situation für die Krankenkassen im Zeitalter der vollen Durchführung der Ärzteforderungen. Fordert so viel Ihr könnt, aber paßt Euch den Verhältnissen an, wenn anders Ihr nicht an Euren Forderungen zu Grunde gehen wollt und sie nicht Utopien bleiben sollen, rief Herr Graf und er hat damit den Ärzten das gewerkschaftliche Gewissen zu wecken versucht. Herr Fräßdorf verwies auf die Tatsache, daß nicht die Arbeiter die freie Arztwahl fordern, die in den größeren Städten mit mehreren hundert Kassenärzten auch gar keinen praktischen Wert für die Versicherten habe. Man kann Herrn Fräßdorf nicht Unrecht geben, wenn er sagt, die Krankenkassen haben für die Arbeiter keinen großen Wert mehr, wenn infolge der Anforderungen der Ärzte die Krankenkassen an der ihnen im Gesetze zugestandenen Ausgestaltung derselben gehindert werden, wenn der Ausbau der Krankenkassen in bezug auf längere Unterstützungsdauer, die Versicherung der Familienangehörigen, die Konvaleszentenpflege usw. zu den Unmöglichkeiten gehört. Ausdrücklich verweist aber Herr Fräßdorf darauf, daß sekundäre Forderungen der Ärzte von den Kassen nicht abzuweisen, sondern eventuell durch eine Beitragserhöhung auszugleichen sind.

Uebrigens war in bezug auf die Bezahlung der Ärzte der Kongreß sich darin einig, daß hier den Ärzten das weiteste Entgegenkommen gezeigt werden müsse, wenn man gewissenhafte, tüchtige, berufsfreudige Ärzte haben wolle. Das letztere, erklärte der Kongreß, liege sehr im Interesse der Krankenkassen und der Versicherten. Der Kongreß

habe eine hohe Achtung vor der Wissenschaft und dem Arztstande und die meisten Kassen haben durch unverhältnismäßig hohe Honorarsteigerungen dies auch materiell anerkannt. Wir sind der Ueberzeugung, daß der Kongreß den Ärzten gegenüber bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen ist und bei verständigem Einschwenken der Ärzte werden sie immer noch für ihre Bestrebungen einen großen Erfolg zu verzeichnen haben. Von einem Redner, Herrn Lagau-Berlin, wurde auch erwähnt, daß die Kassenärzte mit ihrer Lage zufrieden seien und nur die jungen Herren, die sich auf Grund ihrer wissenschaftlichen Kenntnisse nicht bemerkbar machen könnten, seien die lautesten Muffen im Streite. Daß derselbe Redner die Anfrage stellte, warum bei der Behinderung der arbeitswilligen Ärzte an freiwilliger Arbeit nicht, wie vielfach bei den Arbeitern, der Staatsanwalt eingreife, war wohl nur eine ungewollte rednerische Entgleisung, denn der Kongreß billigte diese Logik nicht, wies vielmehr mit Entschiedenheit jedes Eingreifen der Behörden in den Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen zurück.

In schärfster Weise wies der Kongreß auch die Behauptung der Ärzte zurück, daß sie bei den „sozialdemokratischen Kassenvorständen“ kein Verständnis und Entgegenkommen fänden und von diesen in der feindseligsten und gefährlichsten Weise behandelt würden. Da war es bezeichnenderweise ein Arbeitgeber, Herr Buchdruckereibesitzer Scholze-Berlin, der auf Grund seiner zehnjährigen Praxis gegen diese Denunziation der Ärzte bei den Behörden Protest einlegte und feststellte, daß er bei den übrigen Herren im Kassenvorstande, die auf einem andern politischen Standpunkte als der Redner stehen, niemals das Bestreben gefunden habe, parteipolitische Anschauungen mit den Aufgaben der Kasse zu vermengen. Wenn Herr Tischenbörfers-Berlin von Kassenvorständen sprach, die sich als Unternehmer fühlen und „sich würdig dem Verbände der Industriellen anreihen“, so ist er allerdings dafür den Beweis schuldig geblieben. Solche Behauptungen stellt man nicht auf, ohne sie beweisen zu können und noch dazu an solch verantwortlicher Stelle, wo ein tiefer, sachlicher Ernst geboten erschien. Daß sehr viele Mitglieder in den Kassenvorständen Sozialdemokraten sind, damit ist noch nicht das Geringste bezüglich der Behauptungen der Ärzte bewiesen. Auch damit nicht, wenn der Arzt und Reichstagsabgeordnete Mugdan (freif. Volksp.) dieser Tage im Reichstage erklärte: „Es ist heute ganz unmöglich, in einer von Sozialdemokraten geleiteten Kasse eine Stelle zu bekommen, wenn man nicht selbst Sozialdemokrat ist.“ Das ist nur Denunziation unter dem Schutze der Immunität und beweisloses Gerede. Wäre es Tatsache, würden die betreffenden Kassenvorstände abzusehen sein. Ein Zwischenruf Bebel's bei den Ausführungen des genannten freisinnigen Arztes ist hoffentlich in dem Sinne, wie er gedruckt steht, nicht gemeint gewesen, nämlich, daß man dem politischen Gesinnungsgegenossen bei der Besetzung einer Kassenarztsstelle den Vorrang zu geben habe. Das eine müßte aber den Ärzten zu denken geben und erhellt auch diese Situation, daß zahlreiche Arbeitgeber und solche Vertreter auf dem Kongresse vorhanden waren, die nichts weniger als sozialdemokratische Gesinnung verdächtig werden könnten und trotzdem gegen die Ärzteforderungen votierten. Darauf kommt es an. So viel haben allerdings die Ärzte erreicht, daß der Reichskanzler Bülow von einem „Terrorismus der Krankenkassenverwaltungen“ sprach. Durch die Kongreßverhandlungen, die jedenfalls auch dem Reichskanzler protokolllarisch zugänglich gemacht werden, dürfte er jedenfalls eines bessern belehrt werden und wohl weiterhin nicht mehr geneigt sein, für die Ärzte die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Das ganze Vorgehen der Ärzte ist nicht dazu angetan, den Eindruck zu erwecken, als ob sie der uneigennütigen Freund der Versicherten seien. Der Referent Kohn erbrachte dafür drastische Beispiele. Auf den Hinweis Tischenbörfers, daß Ärzte Kon-

sultationen bis zu 8 Pf. herunter entlohnt erhielten, behandelte Herr Kohn einen solchen Fall wie folgt:

„Ich habe hier die Königsberger Hartung'sche Zeitung in Händen, und da ist ein Berichtsbericht, wo ein Arzt behauptet, daß die Ärzte immer zu kurz kämen, er selbst bekomme nur 6 bis 7 Pf. pro Leistung. Darauf folgte eine Erklärung der Kasse. Dieser Arzt ist nämlich einer der meistbeschäftigten Ärzte der Kasse er bezieht jährlich 5500 Mk. von der Kasse, müßte also 254 Leistungen pro Tag mit Einschluß der Sonntage vollbracht haben, dabei käme der Herr frühzeitig an Nachmittagen aus der Kneipe in der Langen Gasse spazieren gehen.“

Daß die Ärzte ihren gewerkschaftlichen Grundfäden ins Gesicht schlagen, bewies der Referent noch an folgendem Falle:

„Im Amtsbezirk Maulbronn in Württemberg besteht ein Kassenverband, dieser ist den Ärzten von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Einer der Kassenärzte ist nun auf eine rein sachliche Bemerkung des Revidenten der Medikamentenrechnung in schwere Angriffe gegen ihn ausgefallen, die von dem Kassenvorstande sachlich zurückgewiesen wurden. Das hieß nun ein Angriff auf die Standeshere der Ärzte. Jetzt verlangten nun die Ärzte durch ihren Vertreter Herrn Dr. Bauer-Stuttgart die Auflösung der Vereinigung der Krankenkassen, die Zurücknahme der angeblichen Befehlsungen durch den Vorsitzenden mit dem Ausdrücke des Bedauerns, obwohl bei Bericht Beleidigungsfrage und Gegenklage anhängig war und drittens Ausscheiden des Vorsitzenden aus dem Vorstande.“

Alles in allem konnte der Kongress je gar keiner andern Stellungnahme kommen, als seine Verhandlungen und der Inhalt der Resolution ausgedrücken. Wir glauben, daß die Kassenvorstände schon angesichts einer Gefährdung der Selbstverwaltung der Kassen bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gegangen sind. Was die Ärzte aber wollen: Freie Arztwahl, Bezahlung der Einzelleistungen, die Unabhängigkeit der Kassenärzte oder deren Entlassung nur mit Zustimmung der Ärzteorganisation, das sind solche unerfüllbare materielle und einseitige Machtbestrebungen, die sich weder vom gewerkschaftlichen Standpunkte rechtfertigen, noch von den Krankenkassen erfüllen lassen. Der Ärztestandpunkt findet nur ein Pendant in der selig entschlafenen Buchdrucker-Gewerkschaft, deren Programm ebenso sinnlos und konfus war wie das der Ärzteorganisation heute ist.

Es wird gut sein, wenn auch unsere Kollegen in den Krankenkassen die Mitglieder darüber aufklären, wohin die Ärzte mit der freien Arztwahl zielen. Material darüber ist in der letzten Zeit im „Corr.“ gerade genug veröffentlicht worden. Unscheinbar gehen infolge der Ärztesforderungen und deren Unterstützung durch die Behörden die Krankenkassen schweren Zeiten entgegen und da ist es die Pflicht der Versicherten, für die Beschlässe des Krankenkassenkongresses überall einzutreten. Bemerkenswert war, daß kein Delegierter aus München, wo die freie Arztwahl eingeführt ist, bei den Verhandlungen das Wort nahm, zumal die Ärzte mit besonderer Genugtuung sich auf den Münchener Fall stützen. Daß es bei einer ernsten Tagung auch nicht an heiteren Momenten fehlt, ist kein Unglück. So plädierte z. B. der Delegierte Kniestedt-Hannover in begeisterten Worten für die Zentralisation der Krankenkassen, denn nur in einer starken Vereinigung könnten die Interessen der einzelnen Kassen und der Versicherten gewahrt werden, dabei betreibt Herr Kniestedt zu Hause die tollste Gewerkschaftszersplitterung und erzählt seinen Wirtshauskollegen, daß ihre Interessen im Holzarbeiterverbande nicht vertreten werden können, dagegen weit besser in einer Sonderorganisation und im Anschlusse an Herrn Regierungsbaumeister Reßler. Na, es muß auch solche Kränze geben!

Zum Schlusse nimmt noch Herr Fräßdorf das Wort und empfiehlt in warmen Worten die Zentralisation der Krankenkassen oder den Zusammenschluß der einzelnen Kassen in Verbänden gemäß § 46 des Krankenkassengesetzes, um mit diesem Schutz- und Trugbündnisse die Existenz der schwächeren Kassen und die Erweiterung der Leistungen gemäß § 21 des Krankenversicherungsgesetzes möglich machen zu können. Der Vorsitzende Simanowski gibt eben-

falls noch einige sachliche Aufklärungen und ersucht, der Zentrale für das Krankenkassenwesen (Sitz Berlin) und der geschäftsführenden Kasse in Dresden Material darüber, wo Differenzen mit Ärzten, Apothekern usw. bestehen, zum Zwecke der Information zukommen zu lassen. Bezüglich der Präsenzziffer bemerkt Herr Simanowski noch, daß das bisher mitgeteilte Resultat ein vorläufiges sei, denn statt 721 sollen etwa 1200 Delegierte anwesend gewesen sein (was bei den Saalverhältnissen des Sansjoui kaum zutrifft. Red. d. „Corr.“). Das gedruckte Protokoll soll in etwa drei Wochen erscheinen.

* * *

Daß der Krieg der Ärzte mit Unterstützung einer durch die „sozialdemokratische Gefahr“ eingekücherteten Regierung gegen die Krankenkassen seinen Fortgang nimmt, beweisen die neuesten Meldungen auf dem Krankenkassengebiet. So wird aus Köln, wo bekanntlich die Ärzte am rigorossten gegen die Krankenkassen vorgingen, geschrieben:

„Zur Beseitigung des Notstandes verfügte die Regierung die Aufnahme der hiesigen Kassenpraxis durch die Kölner Ärzte unter Zubilligung der Forderung freier Arztwahl und Honorar von 5 Mk. für das einzelne Mitglied und 15 Mk. für die Familienbehandlung, Schiedsgericht, Vertrag auf fünf Jahre und Garantie für finanzielle Lebensfähigkeit der Kasse. Die von auswärtig engagierten Ärzte werden ihrer Funktionen bei den Kassen enthoben und durch die Ärzteschaft entschädigt.“

Damit hat das Selbstverwaltungsrecht der Kassen aufgehört zu existieren und ist eine wichtige sozialgesetzliche Institution unter die Diktatur der Ärzte und der Polizeifuchtel gestellt worden. Die Proletarier dürfen nunmehr weit höhere Beiträge entrichten, damit einem Stande im Staate auf Kosten der Beitragzahlenden zur Krankenversicherung eine lebenslängliche sorgenfreie Existenz gewährleistet werden kann. Dieses Unrecht in Köln schreit zum Himmel, es ist aber nur deshalb möglich, weil, wie schon der Referent Kohn auf dem Kongresse ausführte, die Regierungen nicht den schreienden Widerspruch beseitigen wollen, der darin besteht, daß die Krankenkassen auf Grund des Krankenkassengesetzes verpflichtet sind, für ärztliche Hilfe zu sorgen, andererseits aber die Ärzte auf Grund der Gewerbeordnung das Recht haben, ihre Hilfe zu verweigern. Wenn dann mit Unterstützung der Behörden die Ärzte die gewagtesten Forderungen durchdrücken können für eine Arbeit, die fast niemals zu kontrollieren ist, so übersteigt dies jeden Begriff rechtlicher Auffassung.

Köln liegt nicht nur in Preußen, sondern auch im Rheinland, allwo der Eisenbahnminister Budde als Gegner der freien Arztwahl austritt, so daß die Ärzte in Elberfeld und Düsseldorf den Mitgliedern der Eisenbahn-Krankenkasse ihre Hilfe verweigerten. Dabei zahlt die Kasse nur ein Stimm von 5000 Mk., während die kölnischen Kassen den Ärzten 6000 Mk. boten! Mit Recht fragt der „Vorwärts“: „Was sagt die Aufsichtsbehörde hier, wenn die Ärzte Beschwerden von Mitgliedern herauspölen über ungenügende ärztliche Hilfe?“ Ob auch da die Eisenbahn-Krankenkasse zwangsweise die Ärzteforderungen bewilligen muß und ob der Herr Minister Budde dazu stillschweigt?

In Crimmitschau, wo die Ärzte im Kampfe mit der Ortskrankenkasse V liegen, haben dieselben an Kaisers Geburtstag ihre Tätigkeit für diese Kasse eingestellt. Die ärztlichen Forderungen bestehen nach der „L. B.“ in freier Arztwahl, Anstellung weiterer Ärzte nicht durch die Kassen, sondern durch die Kassenärzte selbst, Bezahlung besonderer Leistungen außer der Pauschale und so weiter. Angeblich sollen die Ärzte durch ihren Bezirksverein zum Streik gedrängt worden sein. Das Schreiben der Ärzte an die Kassen grenzt nahe an Erpressung, bloß daß man jetzt in Crimmitschau zu befürchten hat, daß der Stadtrat auf Seiten der Ärzte tritt und nach dem Kölner Beispiele verfahren wird. Das Erfreuliche dabei ist, daß Ärzte und Behörden den Bogen überspannen, so daß er reißen muß. Ein Redner auf dem Kon-

gress sagte, bis jetzt sei es noch kein richtiger Kampf gewesen, der von den Krankenkassen gegen die unerträglichen Forderungen der Ärzte geführt wurde. Durch solche Vorkommnisse wird aber ein „richtiger Kampf“ unvermeidlich, dessen Ausgang, das haben wir schon gegenüber dem Leipziger Programme des Herrn Dr. Hartmann in Nr. 117 von 1900 betont, keineswegs die Ärzte befriedigen wird.

Korrespondenzen.

Anklam. Das verflossene Jahr ist für unsern Ort als ein bemerkenswertes zu verzeichnen, insofern nämlich, als hier eine Mitgliedschaft des Verbandes gegründet wurde. Zu Anfang dieses Jahres standen hier nur 3 Mitglieder gegenüber 18 Nichtmitgliedern. Nach dem hier abgeschalteten Bezirkstage schlossen sich weitere Kollegen dem Verbands an, so daß schon im März 10 Mitglieder zu verzeichnen waren. Am Schlusse des Jahres konnten wir alle hier konfessionierenden Kollegen (16) als Mitglieder zählen, welche sämtlich in der Druckerei der „Anklamer Zeitung“ (Richard Poetke Nachfolger) beschäftigt sind. Die Arbeitszeit sowie auch die Entlohnung sind tarifmäßig; auch ist die Firma bei dem Tarif-Umte als tariffrei angemeldet. Lehrlinge werden 4 Segez- und 1 Druckerlehrling gehalten. In der zweiten hier bestehenden Druckerei („Anklamer Nachrichten“, Krauß) werden nur Lehrlinge, zurzeit 5 ausgebildet. In der Mitgliedschaft zeigt sich reges Vereinsinteresse und wird der Ortsverein wohl bald folgen. An Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte zählt die Mitgliedschaft 50 Pf.; der „Corr.“ wird in vier Exemplaren gehalten.

Brieg. (Jahresbericht.) Aus dem verflossenen Jahre sei als erfreuliche Nachricht mitgeteilt, daß in der Druckerei L. L. Feinze tarifmäßige Verhältnisse eingeführt worden sind, allerdings fehlt noch die schriftliche Anerkennung. Da die dortigen Gutenberg-Bündler durch einen der ihrigen verlaunten ließen, daß ihnen an der schriftlichen Anerkennung nichts gelegen sei, da sie ja so wie so gesucht werden, so muß der hiesige Ortsverein auf deren Hilfe leider, ach leider! verzichten. Der Versammlungsbesuch war ein guter. Anfang des Jahres 17, Ende 37 Mitglieder. „Corr.“: Jedermann hat sein Buch in Topfe. Im Orte 69 Gehilfen, davon sollen 16 Gutenberg-Bündler sein, 21 Belehrlinge, davon 8 bei Albrecht bei 2 Gehilfen. Falk und Loewenthal haben nur Verbandsmittglieder, ohne Lehrlinge. Vorstand der alte.

u. Bromberg. Im Laufe des vergangenen und zu Anfang dieses Jahres begingen im A. Dittmannschen Geschäft die Kollegen Bely, Köhler, Kirchoff, Pansegrau und der Buchbindereiverkührer Mallick ihr 25- resp. 30-jähriges Geschäftsjubiläum. Der Chef, Herr A. Dittmann, hat diese langjährige Tätigkeit seiner Arbeiter dadurch geehrt, indem er jedem der Jubilare vor versammeltem Personal nach erfolgter Ansprache ein Anerkennungsdiplom des Deutschen Buchdruckervereins in prächtigen Rahmen und ein Spacktaschen mit einem ansehnlichen Geldgeschenke überreichte. Zu Ehren der Jubilare fand am 23. Januar im Lokale des „Elythium“ ein Kommerz statt, dem der Chef und die Söhne desselben beiwohnten. Bei Ansprachen, Toasten und Gesang blieben die Teilnehmer bis zu vorgedachter Stunde in gemüthlicher Weise beisammen. Jedenfalls ist dieses Fest mit der Ehrung der Betreffenden ein Beweis, daß das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wie früher auch heute noch besteht.

Bunzlau. In der letzten Mitgliedschaftsversammlung wurde u. a. der Jahresbericht für 1903 erstattet. Aus demselben sei hervorgehoben: Die tariflichen Verhältnisse am Orte sind gute; die Mitgliederzahl hat weiter zugenommen, so daß das erste halbe Hundert erreicht ist. Der Vorsitzende streifte in seinen Ausführungen eingehend das Verhältnis zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation mit spezieller Beziehung auf hervorgeratene örtliche Unzutuglichkeiten. Der Kassenbericht verzeichnete ansehnliche Ausgaben für an das hiesige Gewerkschaftskartell abgeführte Unterstützungen anderer Gewerkschaften. Für den Schriftführer, welcher eine Wiederwahl bestimmt ablehnte, erfolgte eine Neuwahl. Die übrigen Funktionäre blieben auf ein weiteres Jahr im Amte. — Mit der Mahnung: Der Verband über alles! erfolgte der Schluß der Sitzung.

Danzig. In der Ortsvereinsversammlung vom 17. Januar hob der Vorsitzende hervor, daß erfreulicherweise das Meistumwesen mehr und mehr schwindet und sprach die Hoffnung aus, daß diese Besserung Bestand haben möge. Eine längere Debatte rief eine Mitteilung des Gauvorstandes hervor, wonach der nächste Gautag Ostern doch in Graubenz stattfinden soll. (In einer früheren Versammlung des Ortsvereins wurde der Wunsch laut, den Gautag in Anbetracht des schlechten Standes der Gaukasse in Danzig abzuhalten.) Ein Antrag, der Ortsverein ersucht den Gauvorstand, hierüber eine Urabstimmung herbeizuführen, fand aber gar keine Unterstützung. Von den anderen Verhandlungssachen wäre noch besonders ein Referat des Kollegen David über den Buchdrucker-Kalender des Kollegen Rezhäuser hervorzuheben. Die Worte sollten besonders an die gerichtet sein, die außerhalb des Versammlungssaales sich befinden. Bei einer Organisation, die fast 40 000 Kollegen umfaßt, hat

dieser Kalender nach ihm vom Verlage gewordenen Mitteilungen doch nur eine ganz ungenügende Verbreitung gefunden, was in Anbetracht dieses für unsere Kollegen außerordentlich nützlichen Buches sehr zu bedauern ist. Kollege Neßhäuser hat seine freie Zeit zur Herstellung dieses Kalenders verwendet und damit ein Werk geschaffen, das der Beachtung der Kollegen wohl wert wäre. Welch eine Unmenge von Fragen, die sich im Leben des Buchdruckers einstellen, werden hier beantwortet! Wenn die Kollegen sich diesen Kalender genau ansehen wollten, sie würden ihn zu schätzen wissen. Es ist bedauerlich, daß die Kollegen für so etwas Gebiegenes keine Mark übrig haben. In Westpreußen haben sich erfreulicherweise viele Abnehmer gefunden. Und das passiert in Westpreußen, wo man die Kollegen als „verroffen“ darzustellen beliebt! Der Kalender ist ein Hilfsmittel in allen sozialen und wirtschaftspolitischen, gewerblichen, tariflichen und organisatorischen Fragen. Und wie er als solches geschätzt wird, mag die Tatsache beweisen, daß die Angehörigen den Buchdruckern ganz fernstehender Organisationen sich den Kalender zu ihrem Stabium geborgt haben, ja sogar der Führer der hiesigen Sozialdemokratie hat ihn sich von einem Kollegen geben lassen und den Kalender für ein vorzügliches Buch erklärt. Diese Leute wissen ein derartiges Buch zu schätzen. Es wäre zu wünschen, daß besonders die Verbandsfunktionäre sich der Verbreitung des Werkes annehmen, sie werden sich eine Menge Briefe auf Anfragen ersparen, die sich dann jeder Kollege mit Zuhilfenahme des Kalenders selbst beantworten kann.

e. Hof i. B. Am 16. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine erste Jahresversammlung im Vereinslokale „Hofer Bierhalle“ ab, welche ziemlich gut besucht war. Nachdem vom Vertrauensmann der Jahresbericht erstattet war, legte der Kassierer seine Abrechnung, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde, vor, so daß der Kassenbestand als ein guter bezeichnet werden kann. In den Vorstand wurden wiedergewählt: Händler als Vorsitzender, Köppel als Kassierer, Franke als Schriftführer, Dickenscher und Bechtel als Revisoren. Zum Schlusse ermahnte der Vertrauensmann noch die anwesenden Kollegen, immer treu und fest zur Fahne zu halten und hat, auch fernerhin die Vereinsversammlungen recht fleißig und zahlreich zu besuchen. — Gleichzeitig sei noch bemerkt, daß der hiesige Ortsverein beabsichtigt, sich eine Bibliothek anzulegen, weshalb die geehrten größeren Mitgliedschaften höflich gebeten werden, solche Bücher uns gütig zu überlassen, welche bei ihnen doppelt vorhanden sind.

Kempen (Ahein). Von hier ist aus dem vergangenen Jahre nur die Tarifanerkennung der Rheinischen Druckerei als Gutes zu berichten. Sonst herrschen noch die alten, traurigen Verhältnisse. Den 12 Mitgliedern steht die doppelte Zahl Nichtmitglieder gegenüber, welche zum Teile in einer sogenannten Gesellschaft Untertberg vereinigt sind. Den „Corr.“ erhält jedes unserer Mitglieder, eventuell wird auch noch ein Exemplar zur Agitation bei den angehenden Weiseln gehalten.

Mün. In Nr. 9 des „Corr.“ erwähnt die verehrliche Redaktion meine Ausführungen zur Ärztebewegung und bemängelt, daß ich mich „in der Hauptsache“ gegen die „Nö. Htg.“ gewandt. Zu diesem Momente möchte ich bemerken: Der Artikel beschäftigte sich „in der Hauptsache“ nicht mit der „Nö. Htg.“, sondern mit den ärztlichen Forderungen. Wenn bei dieser Gelegenheit nebenbei als Symptom der Stellungnahme der politischen Arbeiterpresse die „Nö. Htg.“ erwähnt wurde, so geschah das deshalb, weil ich doch selbstverständlich nicht die gesamte Tagespresse verfolgen kann, gerade die zitierten Ausführungen mir aber einer besonders Beleuchtung wert erschienen. Uebrigens ist das in E. dasselbe, wie wenn die „Corr.“-Redaktion in Nr. 9 sich spaltenlang mit einer Nummer der „Neuen Zeit“ beschäftigt. — Dem „verbandskollegialen Kassenbeamten“ (als solcher natürlich in seiner Stellungnahme interessiert), der mir in derselben Nummer vorwirft, ich hätte keine Ahnung, was die ärztlichen Forderungen bedeuten, erwidere ich, daß ich, wenn ich mich zu irgend einer Frage äußere, ich nicht nur „eine Ahnung“ von ihr, sondern mit ihr auch vorher eingehend mich befaßt habe. Der Vorwurf prallt auf ihn zurück. Denn wenn er mir „verraten“ will, wo die ärztlichen Forderungen enden — nämlich angeblich bei der Minimaltagelohn — so „verrat“ er eben etwas Unrichtiges. Dr. Waßbaum-Möln z. B. führte diesbezüglich als Referent in einer Versammlung aus: „Auf den Verzetagen bis zum Jahre 1899 wurde die freie Arztwahl mit Bezählung der Einzelleistung nach der Minimaltagelohn verlangt. Dieser Standpunkt aber, der prinzipiell wohl das Richtige war, das scheuen wir uns gar nicht offen auszusprechen, war für die Erreichung unserer Zwecke ganz verkehrt. Das Falllassen dieser Forderung war das erste Erfordernis, um zu Voranschlägen zu kommen, die überhaupt durchführbar erscheinen konnten.“ Ich habe denn auch in Uebereinstimmung hiermit nirgendwo in der gegenwärtigen Bewegung wahrgenommen, daß die Honorierung nach der Minimaltagelohn seitens der Ärzte zur Bedingung gemacht wurde. Wenn der pfälzische Herr F. Sch. (wie viele seiner Freunde in dieser Frage) argumentieren sollte: „Drücken die Ärzte ihre jetzigen Forderungen durch, so kommen sie schon bald mit der Forderung der Bezählung nach der Minimaltagelohn“, so zeugt das nicht von besonderer Objektivität. Es handelt sich darum, ob die jetzigen Forderungen berechtigt sind: ist das der Fall, so einige man sich und kommen dann später unberechtigte Forderungen, lehne man diese ab — das ist in E. der richtige Standpunkt. Hierzu ein Beispiel: Die Crimmitschauer

kämpften — gewiß berechtigterweise — um den Zehnstundentag. Nach der Logik des „Kassenbeamten“ hätte man hier schlußfolgern können: „Gaben die Zeitungsarbeiter erst den Zehnstundentag, so kommt mit dem Essen der Appetit und sie könnten dann 50 Proz. Lohnerhöhung verlangen; deshalb ist ihre jetzige Forderung zurückzuweisen.“ Da Herr F. Sch. des fernern zwar „konstatiert“ (!), daß in Rede stehender Artikel „in fast allen Zeilen den wirklichen Tatsachen nicht entspricht“, jedoch den Beweis für diese feste Behauptung nicht einmal antreibt, erübrigt sich alles weitere. Josef Kaumanns.

Mannheim. Zu dem am 16. Januar vom hiesigen Bezirksvereine veranstalteten Vortrage über „Das Ohr in gesundem und krankem Zustande“ hatten sich die Mitglieder recht zahlreich eingefunden und verstand es der Referent, Herr Spezialarzt Dr. med. Schlißerowitsch, durch seine äußerst interessante und verständliche Vortragsweise, die Aufmerksamkeit und das Interesse der Anwesenden für sich zu gewinnen, was der ihm am Schlusse des Vortrages spendierte reiche Beifall besonders bewies.

K. Oerwieck a. S. Am 16. Januar fand unsre fast vollzählig besuchte Generalversammlung statt, in welcher der Jahres- und Kassenbericht erstattet wurde. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren gerade. Versammlungsbesuch ist durchweg gut zu nennen. Mitgliederstand hielt sich auf der Höhe von 50 Mann; Nichtmitglieder sind vorhanden acht. Der „Corr.“ ist obligatorisch eingeführt, pro Mitglied ein Exemplar. Es wurde der Beschluß gefaßt, nur noch an Ausgesteuerte und Nichtberechtigthe Biatum zu zahlen. Ferner wurde der Beschluß, wonach den Kranken aus der Ortskasse noch eine Grunderstützung gewährt ist, bis auf weiteres aufgehoben. Nach Erledigung einiger Interna Schluß der Versammlung.

ch. Weisel. (Jahresbericht.) Gegenwärtiger Mitgliederstand 20. Der Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: E. Lehmann, erster Vorsitzender; H. Heyne, zweiter Vorsitzender; F. Gessel, Kassierer; W. Brüsch, Schriftführer. Versammlungsbesuch gut. Am Orte vier tarifmäßige Druckereien.

Rundschau.

Zum Schriftgießereistreit in Leipzig. „Nichts Neues vor Paris!“ Doch halt, es ist doch etwas Neues zu verzeichnen und bebauern wir nur, insofern anderweiter Beschäftigung erst in nächster Nummer des „Corr.“ den betreffenden Prinzipalen einige Annehmlichkeiten über den Stand des Streiks mitteilen zu können.

Unterstützungen und Sammlungen für Crimmitschau betreffend. Verschiedentlich geäußerten Wünschen entsprechend, verlängern wir die Frist zu diesbezüglichen Angaben bis zum 10. Februar, weil in einzelnen Orten die beschlossenen Extrastimmen bis mit der ersten Februarwoche zur Erhebung gelangen. Wir erwarten aber nunmehr, daß namentlich die von den einzelnen Personalen in den Großstädten an die Kartelle oder direkt an Treue in Berlin abgehürten Summen uns mitgeteilt werden, wie denn überhaupt an die noch mit ihren Angaben ausstehenden Mitgliedschaften das Ersuchen ergeht, uns dieselben bestimmt bis zum verlängerten Termine zukommen zu lassen.

O quel malheur! In der „Buchdrucker-Woche“ finden wir unter Rundschau folgende hübsche Notiz: „Redaktion des Typograph.“ Es ist ja im Interesse Ihrer Leser nur töblich, daß Sie die „B.-W.“ so fleißig als Quelle benutzen; wir möchten aber doch empfehlen, die gefällig vorgeschriebene Quellenangabe nicht zu unterlassen. Es ist vielleicht das Einfachste, die Notizen kenntlich zu machen, welche der B.-W. nicht entnommen sind.“ Zur Orientierung derjenigen unserer Leser, welchen durch einen unglücklichen Zufall einmal eine Nummer des Organes für wahre Kollegialität und Nächstenliebe in die Hände fallen sollte, bemerken wir, daß bei Befolgung des von der „Buchdrucker-Woche“ gegebenen Rippenstoßes durch den „Typograph“ die dann noch verbleibenden Notizen das Signum des „Corr.“ tragen müßten. Schon aus Reinlichkeitsgründen würde uns daher eine in diesem Sinne sich einstellende Ehrlichkeit des „Typograph“ höchst unangenehm sein.

Nun hat auch Leipzig sein bürgerliches Preßpanama. Ein Redakteur der „Neuesten Nachrichten“ wurde plötzlich entlassen, da sich herausgestellt, daß er gleichzeitig an „Leipziger Tageblatt“ als Redakteur des gleichen Heftorts tätig ist. Der betreffende Journalist soll direkt auf der Tageblattredaktion seine Funktion für dieses Blatt ausüben und sogar Briefe an die Mitarbeiter der „Neuesten Nachrichten“ diktieren haben und noch andere reizende Sachen mehr. Es erübrigt sich zu diesem anmutende Worte nur noch die Bemerkung, daß beide genannten Wäcker sich durch ziemlich scharf ausgeprägte Arbeiterfeindschaft bei jeder sich bietenden Gelegenheit (z. B. auch Leipziger Schriftgießereistreit) bemerkbar machen, sonst aber vom hohen Kobruue herab Moral und Wahrheitsliebe schneidweise predigen.

Wegen Richterbeleidigung erhielt der frühere verantwortliche Redakteur des „Dresdener Beobachters“ sechs Monate Gefängnis. Derselbe hatte einen Landrichter, welcher einen der großen Spieleprozesse als Unter-

suchungsrichter bearbeiten mußte, vorgeworfen, er hätte selbst mindestens 32000 Mk. verwettet.

Gardens „Zukunft“ verboten für den Lesesaal der Rgl. Bibliothek in Berlin ist das erste greifbare Resultat der in der Budgetkommission des Reichstags gepflogenen Debatte über preußische Kunstpolitik, über welche unsere Leser von der Tagespresse unterrichtet sein werden. Die „Zukunft“ brachte einen „St. Louis“ überschriebenen Aufsatz, in dem die Art und Weise, wie in Preußen die alte Schule des Walens auf das Einseitigste protegirt, die jesuitische Richtung aber in Acht und Bann getan und somit die Weltausstellung in St. Louis kein Spiegelbild künstlerischen Denkens und Schaffens in Deutschland geben könne, entschieden kritisiert wird.

Russische Erkenntlichkeit. Neben einer Anzahl preußischer Grenzgendarmen sind nun auch einige höhere Polizeibeamte in Posen mit russischen Orden bedacht worden. Den Kommandar hierzu mögen unsere Leser in der Reichstagswochenübersicht in Nr. 10 suchen.

Wegen Bedrohung und Mißhandlung von Arbeitswilligen sind in Berlin sechs Metallarbeiter mit erheblichen Strafen belegt worden; trotzdem bei fast allen Angeklagten verschiedene Strafbefehle, weil unbewiesen, auf sich beruhen blieben, ging das Gericht über die vom Staatsanwalt beantragte Höhe weit hinaus. Für den Prozeß waren eigentlich zwei Tage in Aussicht genommen, durch Verzögerung auf eine ganze Anzahl von Zeugen war jedoch eine Zusammenfassung auf einen Sitzungstag möglich. Wenn doch streikende Arbeiter nur einsehen möchten, daß die geheiligte Persönlichkeit der Arbeitswilligen ein besonderer Kultus in Deutschland geworden, gegen den zu freveln ebenso nutzlos wie selbstschädlich und der Sache absolut nicht förderlich ist.

Wie wir in der Magdeburger „Volksstimme“ lesen, wird von der Reichsregierung augenblicklich eine vertrauliche Umfrage vorgenommen, um für eine Verschärfung des § 123 der Gewerbeordnung Material zu bekommen. Genannter Paragraph enthält die Bestimmungen, unter welchen ein Arbeiter vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit entlassen werden kann. Wenn jenes Blatt nun schreibt, die Entlassung eines Arbeiters ohne Einhaltung der Kündigungsfrist folge auch dann möglich sein, wenn er Mitarbeiter beleidigt oder tötlich angreift, so würde das allerdings eine besonders in Konfliktzeiten bedeutungsvolle Erweiterung der Arbeitgeberrechte sein. Wir haben jedoch von keiner Seite eine Bestätigung dieser Meldung gefunden.

Die mit kommunaler Unterstützung in Magdeburg vom Gewerkschaftskartelle veranstaltete Arbeitslosenklärung ergab das Vorhandensein von 2366 männlichen Arbeitslosen, außerdem müssen 608 männliche Personen verkürzt arbeiten. Unter den Arbeitslosen befinden sich 599 Familienväter mit 3128 Kindern.

Der Staat als Musterarbeitgeber. Die Eisenbahnredaktion Köln erließ im vergangenen Sommer eine Verfügung, in der nach dem „Wetru“ der Eisenbahner folgendes Musterbeispiel von fiskalischer Sozialpolitik enthalten war: „Trotz wiederholter Aufforderung ist der Verdienst der Arbeiter derselbe geblieben und vereinzelt noch gestiegen. Wir verordnen hiermit noch einmal, den Verdienst den Verhältnissen entsprechend zu reduzieren und werden bei der nächsten Rechnungsabgrenzung in Betracht ziehen, inwieweit davon Gebrauch gemacht ist.“ Darauf sind den Rangierern, die bei zwölfstündiger Arbeitszeit 3,20 Mk. verdienen, dann Abzüge von 10 und 20 Pf. gemacht worden.

Seine Aufzeichnungen über die Entstehung der Tuberkulose legte Professor Behring in der Berliner „Münchener Wochenschrift“ in 41 Thesen nieder. Er wendet sich in denselben abermals gegen die Annahme einer Einatmung der Tuberkulose, wofür kein einwandfreier Beweis erbracht sei. Die Entstehung der tuberkulösen Lungenschwindsucht sei vielmehr vorwiegend auf tuberkulöse Insekten im Kindes- und Säuglingsalter zurückzuführen.

Die bei dem gegenwärtigen Streite zwischen den Krankenkassen und den Ärzten viel genannte Leipziger Ortskrankenkasse zählt gegenwärtig 132000 Mitglieder, von denen nicht weniger denn 10000 freiwillige Mitglieder sind. Die Zahl der Beamten beläuft sich ausschließlich 45 Angestellten, welche auf Reichskosten das Personalartenmaterial der Kasse statistisch verarbeiten, auf 260. Das 62000 Quadratmeter umfassende Grundstück der Kasse hat einen Wert von 1/4 Millionen Mark, es sind in demselben 56 Arbeitsräume vorhanden, außerdem unterhält die Kasse noch 42 Präliminalstellen und 6 Präliminalstellen. An Stelle der Mitgliedsbilder ist das Personalartensystem eingeführt; 75000 solcher Karten, nach Namen, Geburtsort und dem Namensklange der Mitglieder geordnet, sind gegenwärtig vorhanden; die Quittungskarten der Invalidenversicherung werden ebenso aufbewahrt. Die Kasse beherbergt in ihrem Hause auch ein eigenes medizinalisches Institut.

Aus den Nachweisungen über die Invalidenversicherung in Jahre 1902 ist zu entnehmen, daß im ganzen 141481 Invaliden, 8695 Kranken- und 12861 Altersrenten bewilligt worden sind; die ersten sind gegen 1901 um 12000, die Krankenrenten um 1304 gestiegen, während die Zahl der Altersrenten um 1943 zurückgegangen ist. Als Krankenteile ist die an solche Versicherten gezahlte Unterstützung zu verstehen, welche 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig sind, also eine Fortsetzung der Kranken-Unterstützung. Die mit diesem Jahre in Kraft getretene Krankentafelneuerung will bekannt-

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 12. — Sonnabend den 30. Januar 1904.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

lich durch obligatorische Ausdehnung der Gewährung von Kranken-Unterstützung auf 26 Wochen den Anschluß für solche Kranken an die Invaliden-Unterstützung sichern. Ferner wurden 185 946 Beitragsverpflichtungen vorgenommen und zwar 153 303 bei Heiratsfällen, 574 bei Unfällen und 32 069 bei Todesfällen. Die gezahlten Renten erreichten die Höhe von 103 884 218 Mk., wovon 37 755 815 Mk. das Reich zuzieht. Im Durchschnitt betrug die Invalidenjahresrente 149,74 Mk., die Krankenrente 154,13 Mk. und die Altersrente 152,97 Mk. Die Gesamteinnahmen aller Versicherungsanstalten beliefen sich auf 1728 274 21 Mk. (darunter aus 551 219 628 Wochenbeiträgen 127 785 658 Mk.), die Gesamtausgaben auf 94 512 070 Mk.; die Verwaltungskosten beanspruchten 10 693 870 Mk. Das Reichsumfängliche 31 Versicherungsanstalten und 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen wird mit 1 007 477 530,90 Mk. am Schlusse des Jahres 1902 angegeben, wozu noch ein Inventarwert von 34 059 27,64 Mk. hinzukommt. Bei der Versicherungsanstalt Schlesien ist im Jahre 1902 die erste Rentenstelle errichtet. Invalidenheilstätten gewähren jetzt 10 Anstalten gegen 7 im Jahre 1901. Es sind dies die Versicherungsanstalten Berlin, Schlesien, Westfalen, Königreich Sachsen, Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Hansestädte und die Pensionskasse der Badischen Staatsbahnen. Die Kosten hierfür beliefen sich insgesamt auf 93 711 Mk., die den Versicherten dafür einbehaltenen Renten betragen 18 321 Mk.

Die Heilbehandlung bei den Invaliditätsversicherungsanstalten hat in den letzten fünf Jahren ganz bedeutend zugenommen. Betrug nämlich die Zahl der von diesen Organen in Behandlung genommenen Personen im Jahre 1898 nur 13 758, so steigerte sie sich 1902 bereits auf 35 949. Aber auch die tuberkulösen Erkrankten haben unter der Heilbehandlung ganz wesentlich zugenommen, im ganzen sind 46 Proz. an Lungentuberkulose, 54 Proz. wegen anderer Krankheiten behandelt worden; im Jahre 1902 belief sich die Zahl der ersteren auf 16 516, worunter 4311 Frauen. Die Kosten für alle Krankheiten betragen im Jahre 1902 insgesamt 9 056 240,60 Mk. oder pro behandelte Person 251,92 Mk., also 5,5 Proz. der Beitragseinnahme. Tuberkulöse Männer und Frauen zusammen beanspruchten pro Kopf 354,88 Mk., Männer allein 359,85 Mk., Frauen allein 340,81 Mk. Nichttuberkulöse beider Geschlechter zusammen erforderten einen Aufwand von pro Kopf 164,41 Mk., Männer allein 166,17 Mk., Frauen allein 161,47 Mk. Die von den Krankenkassen, Gemeinden usw. erstellten Beträge betragen 1902: 1 397 034,70 Mk., von den Berufsgenossenschaften wurden davon nur 15 165 Mk. geleistet. Bei allen Behandelten nimmt mit der Länge der Zeit die Zahl der Erwerbsfähigen immer mehr ab. Das ist auch erklärlich, weil die Behandelten nach Verlassen der Heilstätten wieder ihre alte ungesunde Beschäftigung, vielleicht noch eine ungesündere mit noch ungünstigeren Bedingungen aufnehmen müssen, wollen sie nicht verhungern. Die Folge ist, daß sich die alte Krankheit gewöhnlich baldwieder einstellt.

Die Rechnungsergebnisse sämtlicher Berufsgenossenschaften für das Jahr 1902 sind vom Reichsversicherungsamt dem Reichstage ebenfalls unterbreitet. Die vorgelegten Nachweisungen erstrecken sich auf 114 Berufsgenossenschaften (66 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche), auf 481 Ausführungsbehörden und auf 14 Versicherungsanstalten, von welchen 12 den Bauergewerkschaftsgenossenschaften, 1 der Tiefbauergewerkschaft und 1 der Seeverbahrungsgenossenschaft angegliedert sind. Neu errichtet sind die Schmiebederberggenossenschaft und die Versicherungsanstalt der Seeverbahrungsgenossenschaft. Bei diesen Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden waren im Jahre 1902 zusammen 19 082 758 Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert. An Entschädigungsbeträgen sind von den Berufsgenossenschaften gezahlt worden 97 213 031,77 Mk. (gegen 89 092 002,93 Mk. im Vorjahre); von den Ausführungsbehörden 87 143 338,78 Mk. (80 522 886,58 Mk.); von den Versicherungsanstalten der Bauergewerkschaftsgenossenschaften 1 515 955,72 Mk. (1 410 979,06 Mk.), auf 107 443 326,27 Mk. (98 555 868,57 Mk.). Die Anzahl der neuen Unfälle, für welche im Jahre 1902 Entschädigungen festgestellt wurden, belief sich auf 121 284 (117 336). Hier von waren Unfälle mit tödlichem Ausgange 7975 (8501), Unfälle mit langdauerndem völliger Erwerbsunfähigkeit 1425 (1446). Die Zahl der von getöteten Personen hinterlassenen entschädigungsberechtigten Personen beträgt 16 924 (17 324). Darunter befinden sich 5440 Witwen (Witwer), 11 196 Kinder und Enkel und 288 Verwandte der aufsteigenden Linie. Die Anzahl sämtlicher zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt 488 707 (476 260). Aus den statistischen Angaben ergibt sich, daß die Zahl der entschädigten Unfälle gegenüber dem Vorjahre wiederum gestiegen ist. Seht man dagegen die Zahl der Unfälle in Beziehung zur Zahl der beschäftigten Vollarbeiter, so ist bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt die

Unfallziffer gegenüber dem Vorjahre um ein Geringes zurückgegangen. Die Summe der der Beitragsberechnung zu Grunde gelegten Löhne, die sich aber mit den wirklich verdienten Löhnen nicht deckt, stellt sich bei den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 5 710 469 016 Mk. bei einer Zahl von 7 100 537 durchschnittlich versicherten Personen und 622 654 Vollarbeitern.

Aus Reichsmitteln unterstützt werden 35 Bau- und Genossenschaften einschl. zweier Stiftungen. Diese Genossenschaften haben zusammen 26 729 Mitglieder und 1217 Wohnhäuser mit 5243 Wohnungen. Davon erbauten jedoch die beiden Stiftungen 1869 Wohnungen, jo daß auf die 26 729 Genossenschaftsmitglieder nur 3374 Wohnungen kommen. Im Bau begriffen waren (alle Mitteilungen beziehen sich auf den Stand vom 1. Juli 1903) 311 Wohnhäuser, worunter 2 Stiftungshäuser; außerdem waren 3 Stiftungshäuser und 117 Genossenschaftshäuser in Vorbereitung. Von den erbauten, im Bau oder in Vorbereitung begriffenen Häusern, deren Gesamtzahl mitteln 1648 beträgt, waren oder sollen 702 mit Reichsunterstützung gebaut werden.

Das Jahr 1904 scheint ja bei all den Erwerbsständen Bewegung und Leben zu bringen, wo bisher von Zusammenstoß und Interessensvertretung wenig zu merken war. In Bremen ist jetzt z. B. ein Gesangsverein = Dirigentenkonflikt entstanden, der unsere vielen fangesängerischen Leser jedenfalls interessieren dürfte. Die „Freie Vereinigung der Dirigenten“ in Deutschland's zweitgrößter Republik hat nämlich einen Minimaltarif aufgestellt, welcher am 1. Januar d. J. in Kraft treten sollte und welchem gegenüber sich die Vereine durchaus ablehnend verhalten, da „durch den Tarif der Idealismus der Dirigenten in der Pflege des Kunstgesanges zu weit auf das Niveau des reinen Materialismus geschwenkt sei“. Dieser „reine Materialismus“ besteht aus folgenden hauptsächlichsten Forderungen: 1. Vereine bis zu 20 aktiven Sängern haben zu zahlen ein Jahresfixum von 200 Mk. oder pro Abend 4 Mk., außerdem für Ständchen 4 Mk., für Festlichkeiten wochentags 6 Mk., Sonn- und Feiertags 8 Mk. 2. Vereine bis zu 35 aktiven Sängern zahlen ein Fixum von 250 Mk. oder pro Abend 5 Mk., außerdem für Ständchen 5 Mk., für Festlichkeiten wochentags 7,50 Mk., Sonn- und Feiertags 10 Mk. 3. Vereine mit mehr als 35 aktiven Sängern zahlen ein Fixum von 300 Mk. oder pro Abend 6 Mk., außerdem für Ständchen 6 Mk., für Festlichkeiten wochentags 9 Mk., Sonn- und Feiertags 12 Mk. 4. Der Minimaltarif für die Leitung kleinerer Konzerte beträgt 12 Mk., für größere Konzerteveranstaltungen 20 Mk. Verbinden sich mehrere Vereine zu einem Konzerte, so ist weiteres zwischen den Vereinen und dem betreffenden Dirigenten zu vereinbaren. Die Arbeitergesangsvereine zeigen sich diesen Forderungen allein entgegenkommend. Ob der Vorstoß in Bremen wohl die Einleitung einer grand action im übrigen fangesfrohen Deutschland sein wird?

Den streikenden Textilarbeitern in Cuxirch (Elb) sind von der Firma Gimpel die ihr gebührenden Wohnungen gestiftet, außerdem hat aber auch die christliche Firma sämtliche leerstehenden Wohnungen des Ortes gemietet, um die auffässigen Arbeiter klein zu kriegen. — Um den Abschub der Arbeitswilligen in Crimmitschau zu beschleunigen, hat der Arbeitgeberverband die Einstellung der Streikbrecherzulagen mit Ende dieser Woche angeordnet. Die Ausperrung der Papierarbeiter von Dalmus Fabrik bei Odense (Dänemark) ist beendet, wird aber noch eine Klage gegen die vereinigten Papierfabriken zur Folge haben, weil die Arbeitgeberorganisation vertragswidrig keine Verhandlungen über den in Frage stehenden Streitfall zugelassen hat.

Das Arbeitsamt in Washington hat an Ort und Stelle Beobachtungen über die Wirkungen des Antistreitgesetzes in Neuseeland anstellen lassen, welches im Jahre 1894 angenommen, seit 1896 in Kraft ist. Die Bestimmungen dieses vielbesprochenen Gesetzes sind in der Hauptsache folgende: Alle gewerblichen Streitigkeiten kommen vor paritätisch zusammengesetzte Einigungsämter und wenn dort eine Verständigung nicht erzielt wird vor das Schiedsgericht. Diese Instanzen setzen die Löhne und auch die übrigen Arbeitsbedingungen für die Gewerbe eines bestimmten Distriktes fest und diese Festsetzungen haben gesetzliche Gültigkeit; Verstöße gegen dieselben unterliegen schweren Strafen. Den Entscheidungen des Schiedsgerichtes haben sich nicht nur die Mitglieder der Unternehmer- beziehentlich Arbeiterverbände zu fügen, sondern dieselben haben Geltung auch für die außerhalb einer Organisation stehenden Berufsangehörigen. Der Entfandte der amerikanischen Regierung vertritt in seinem Berichte nun die Meinung, daß dieses Gesetz den gewerblichen Frieden zweifellos gefördert und das gegenseitige Verhältnis weniger verlegend gestaltet habe, die materielle Lage der Arbeiter aber sei durch dasselbe nicht wesentlich beeinflusst. Während die Arbeiter im allgemeinen für das Gesetz seien, bringen ihm die Unternehmer mehr Antipathie entgegen. Schließlich wird in dem Gutachten gesagt, ein

solches Gesetz empfehle sich nicht für amerikanische Verhältnisse. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Arbeiter in den Vereinigten Staaten sei bei der dort herrschenden Vertragsfreiheit und der Gewerkschaftstaktik des Massenkampfes wesentlich höher, die Arbeitszeit allerdings länger als in Neuseeland. Da wir erst kürzlich von einer Eingabe des Tarif-Amtes an den Reichstag Mitteilung machten, in welcher die Vorgezählung ähnlicher Bahnen zur Verminderung bzw. anderweitigen Ausstrahlung der wirtschaftlichen Kämpfe als notwendig bezeichnet wurde, ist die Kenntnisnahme dieses Gutachtens jedenfalls von Interesse für unsere Leser.

Gestorben.

In Basel am 1. Januar der Seher Fritz Wahl am 28 Jahre alt — Schwindsucht.

In Frankfurt a. M. am 22. Januar der Faktor Adam Schindler aus Hedernheim, 65 Jahre alt — Herzschlag; am 25. Januar der Seher Ludw. Kumbler.

In Hahnau der ehemalige Buchdruckereibesitzer C. D. Raupbach, 73 Jahre alt.

In Heilbronn am 24. Januar der Seher Adolf Knoblauch, 30 Jahre alt — Lungenschwindsucht.

In Neuhaßleben am 23. Januar der Bruder Karl Feuer — Schwindsucht.

In Steele der Buchdruckereibesitzer W. Lohmann. In Wels am 14. Januar der Seher Alexander Manko aus Egenowitz, 37 Jahre alt — Schwindsucht.

In Wien am 14. Januar der Seher Franz Lindshofer, 64 Jahre alt; am selben Tage der Seher Oskar Schlimm, 43 Jahre alt.

Briefkasten.

W. B. in Langenberg: Besten Dank für Zusendung. Zur Information in bestimmten Fragen sind uns solche Einwendungen immer willkommen. — Nach Basel: Besten Dank für Aufmerksamkeit, ist jedoch inzwischen in Nr. 10 aufgenommen. — W. Sch. in Pittau: An uns ist bisher in beregter Angelegenheit nichts gekommen. — J. G. in Graz: 6 Mk. erhalten. — G. P. in Heilbronn: 3 Mk. — Sch. in Erford: 1,25 Mk. — (?): Vor solchen Konditionen ist vor nicht allzu langer Zeit im „Corr.“ gewahrt worden. Infolge dessen nennen wir auch keine Abreise. — 1. Ja. 2. Zu ungünstig, weil tariflich nicht haltbar. Gruß! — M. C. P. in Apenrade: Die betr. Mitglieder waren zur Zahlung dieser Extrasteuer statutarisch nicht verpflichtet.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chantillyplatz 5, III.

Für die ausgesperrten Textilarbeiter in Crimmitschau gingen in der Zeit vom 1. bis 26. Januar bei dem Unterzeichneten ein in Markt:

Aus Hannover von nachfolgenden Druckereien: Schlüter 15,50 und 57, Jakob 10,50, Schäfer 13,05, Homann 7, Eberlein & Co. 4,15 und 4, Geb. Fricke 43,90 und 47, König & Ebbard 26,85 und 71,50, Eder & Frische 10 und 31, Farbenfabrik 2,50, Augustin & Co. 2,80 und 0,80, Fricke & Schneemann 1, Peterfen 19,50 — zusammen in zwei Sendungen 368,05; Ortsverein Königberg 50, Ortsverein Remel 10,40, Gau Mittelrhein 100, Mitglieder in Glatz 8,50, Ortsverein M.-Glabach 17,40, freiwillige Sammlung unter den Mitgliedern des Ortsvereins Eichenach 14,25, Mitgliedschaft Jauerberg 5, von den Kollegen der „Bode-Zeitung“ in Odersleben 4,30, Ertrag der Extrasteuer der Kollegen in Bromberg 15, Ortsverein Königberg 100, Ortsverein Typographia in Delmenhorst 5, Ortsverein Gutenburg in Hensberg 50, Zeitungsabteilung der Druckerei Hesse in Stettin 10,50, Druckerei Graumann in Stettin 10,50. Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Bezirk Braunschweig. Sonntag den 31. Januar, nachmittags 4 Uhr, Bezirksversammlung im „Gewerkschaftshause“. Referent: E. Döblin-Berlin.

Bezirk Darmstadt. Die im Bezirke konditionierenden Mitglieder werden ersucht, die fälligen Beiträge der Extrasteuer für Crimmitschau (in Gesamtbetrage von 80 Pf.) sofort einzusenden.

Bezirk Halberstadt. Der Bezirks- bzw. Ortsvereinsvorstand setzt sich für das Jahr 1904 aus folgenden Kollegen zusammen: D. Jack, Braunschweigerstr. 12a, p., Vorsitzender; H. Kruse, stellvertretender Vorsitzender; Gustav Feuthe, Georgenstraße 5, Kassierer; Treff und Krug, Schriftführer; Kühne und Nagel, Neujohren. — Um Einwendung der Jahresberichte wird nochmals dringend ersucht.

Bezirk Karlsruhe. Die Generalversammlung des Bezirksvereins findet Sonntag den 7. Februar, vormittags 10 Uhr, im Saale der „Alten Brauerei Heck“ (Mühlstein) statt. Anträge sind bis zum 31. Januar an den Vorsitzenden F. Kirsten, Costenstraße 11, einzureichen. Die Tagesordnung wird allen Mitgliedern rechtzeitig bekannt gegeben.

Bezirk Kassel. Die diesjährige Haupt-Bezirksversammlung findet Sonntag den 13. März, vormittags 11 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Stadt Hanau“, Mittelgasse 9, statt. Etwasige Beiträge sind bis zum 1. März an K. Engelbach, Kasernenstraße 12, II, einzuweisen.

Bezirk Landau (Pfalz). Der Vorstand setzt sich für das Jahr 1904 wie folgt zusammen: Paul Merkel, Marktstraße 32, Vorsitzender; Hermann Fleischhauer, Kirchstraße, Kassierer; Hermann Lauffs, Schriftführer; Dr. Knoll und Max Franck, Beisitzer.

Bezirk Naumburg. Der Vorstand für 1904 setzt sich zusammen aus: Fr. Fuhrmann, Schulstraße 38, Vorsitzender; R. Zint, stellvertretender Vorsitzender; Otto Reichmann, Wiesenstraße 14, Kassierer; R. Heineemann, Schriftführer; R. Müller, Bibliothekar; E. Hoffmann und P. Wiegmann, Beisitzer; P. Hecht und S. Taubert, Revisoren.

Bezirk Waldenburg i. Schl. Resultat der Vorstandswahl: G. Anders, Vorsitzender; A. Küßler, Kassierer; S. Otto, Schriftführer; Th. Kühnel und Br. Reich, Revisoren; G. Ull, Bibliothekar; K. Schneider und A. Dietrich, Krankenkontrollen.

Emmendingen. Der Vorstand des Ortsvereins setzt sich für das Jahr 1904 aus nachstehenden Kollegen zusammen: F. Edelmann, Vorsitzender; W. Miel, Kassierer und Schriftführer.

Forst (Lautitz). Im laufenden Jahre fungieren Emil Gurt, Haldestraße 29, als Vorsitzender, Otto Helsing, Sprembergerstraße 25, als Kassierer.

Gleiwitz. Der Vorstand für 1904 besteht aus folgenden Kollegen: Tietz, M. Mühlstraße 1, Vorsitzender; Düssel, Raubenerstraße 6, Kassierer; Kimmel, Schriftführer; Kabisch und Steinmann, Beisitzer; Wyrwol und Korntke, Revisoren.

Planen i. B. Der Vorstand des Ortsvereins setzt sich im laufenden Jahre aus folgenden Kollegen zusammen: Dellmuth Klute, Weibellstraße 8, Vorsitzender; Richard Schulze, Reifigerstraße 11, Kassierer; Alfred Zeit, Schriftführer; Max Stürmer und Johannes Müller, Revisoren; Alfred Rudowky, Wettinstraße 38, Reisekasseverwalter.

Pöfen. Der Seher Robert Lorenz, geb. in Ueder- münde, früher in Dornitz in Kondition, wird um Angabe seines jetzigen Aufenthalts ersucht.

Radebeul-Körschenbroda. Otto Haase, Serfowitz, Wajstraße 22, I, erster Vorsitzender; Herrn. Meuschke, Körschenbroda-Bindenau, Ringstr. 35a, zweiter Vorsitzender.

Zrebbin. Die Seher Kramer, Künemann, Genning, Rebal und Wolter werden zum letztenmale aufgefordert, ihre restierenden Beiträge an R. Heim, Bahnhofstraße, einzusenden. Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, die oben Genannten auf vorstehende Notiz aufmerksam zu machen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Habenerleben der Seher Karl Bathke, geb. in Habebuhr (Bommern) 1855, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — D. Jatz in Halberstadt, Braunschweigerstraße 12a, p.

In Halle a. S. die Seher 1. Eduard Jährling, geb. in Barby a. S. 1864, ausgel. das. 1892; 2. Robert Kobs, geb. in Halle a. S. 1872, ausgel. das. 1891; waren schon Mitglieder. — Albert Raß, Steinweg 44, III.

In Herrenberg der Schweizerdegen Josef Hirsch, geb. in Chicago 1883, ausgel. in Ellwangen 1901; war noch nicht Mitglied. — In Stuttgart der Drucker Otto Thiering, geb. in Stuttgart 1884, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstraße 16, part.

In Lahr der Seher Franz Sarbacher, geb. in Rusbach b. Lahr 1855, ausgel. in Lahr 1904; war noch nicht Mitglied. — In Billingen der Schweizerdegen August Dürnay, geb. in Buchau u. Z. 1886, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — Wlff. Christmann in Lahr, Schlosserstraße 2.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Nachen. Beim hiesigen Verwalter liegt ein Brief für den Seher Adolf Wagener aus Lüneburg von seiner Mutter.

Witwenkasse für den Gau Frankfurt-Hessen.

Frankfurt a. M. Dienstag den 2. Februar, abends 7 Uhr, im Vereinslokale (Gewerkschaftshaus): Besprechung über die zu Ostern in Marburg abzuhaltende Generalversammlung.

Zentral-Kommission der Maschinenmeister Deutschlands.

Das Rundschreiben Nr. 10 ist versandt worden.

Verband der Elsaß-Lothringischen Buchdrucker.

Abrechnung pro 3. Quartal 1903.

Kassenbestand am 30. Juni 1903 Mf. 110474,01
Einnahme im 3. Qu. 1903 Mf. 8719,60
Ausgabe 8061,84
Mithin Mehreinnahme 657,76

Kassenbestand am 30. September 1903 Mf. 111131,77

Reise-Unterstützung: An Tagegeldern wurden verausgabt: an 162 Reisende für 656 Tage à 1,25 Mf. = 820 Mf., an 182 Reisende für 680 Tage à 1 Mf. = 680 Mf., in Summa an 344 Reisende für 1336 Tage 1500 Mf. — Konditionslofen-Unterstützung: An 23 Mitglieder für 738 Tage 1075 Mf. — Unterstüfung an vorübergehend Erwerbsunfähige: An 99 Mitglieder für 1888 Tage 2660,40 Mf. — Invaliden-Unterstützung: An 11 Invaliden 1002 Mf. für ebensoviel Tage. — Abonnement für den Correspondenten: 244,15 Mf. — Abreisegeld: An 6 Mitglieder 60 Mf. — Umzugskostenbeihilfe: An 3 Mitglieder 108,78 Mf. — Sterbegeld: An 2 Mitglieder 200 Mf. — Verwaltung: 974,18 Mf. — Bewegungsstatistik: Mitgliederbestand am 30. Juni 1903: 773; eingetreten 21, zugereist 39, abgereist 43, ausgeschieden 1, ausgeschloffen 2, gestorben 2; Mitgliederbestand am 30. September 785 in 24 Druckorten. Konditionslofen waren 41 Mitglieder 1311 Tage, krank waren 99 Mitglieder 1888 Tage. Straßburg, den 27. Dezember 1903. Wlff. Friedrich, Verbandskassierer.

Deutsche Buchdrucker und Schriftgießer!

Nachdem alle Vermittlungsversuche des Tarif-Amtes und der Zentrale der Schriftgießereibesitzer Deutschlands und der der Gehilfenschaft mit den Leipziger Schriftgießereibesitzern erfolglos geblieben sind, sieht sich die unterzeichnete Kommission veranlaßt, diejenigen Leipziger Schriftgießereifirmen bekannt zu geben, welche ein Eingehen auf die Arbeitsbedingungen, die von allen Gießereifirmen Deutschlands als recht und billig anerkannt sind, abgelehnt haben; es sind dies die Firmen:

Böttger, Klinhardt, Numrich, Hübl, Scheller & Giesede.

Wir rechnen in unserm Kampfe auf die Solidarität aller Verbandskollegen, namentlich aber derjenigen, welche auf den Ankauf von Schriftgießereierzeugnissen einen Einfluß ausüben in der Lage sind.

Berlin.

Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands.

Tüchtiger und selbständiger

Maschinenmeister

der in allen Arbeiten Vorzügliches leistet und besonders mit Frankenthaler Autotypie- und Doppelmaschine sowie Kalzapparat vertraut ist, zum 8. Februar oder später gesucht. Verbehalten bevorzugt. Stellung dauernd. Anfangsgehalt 30 Mf. Druckmeister und Zeugnisse abzufragen erwünscht.

Wer sich durch den Verkauf schöner Gebrauchsartikel großen Nebenverdienst sichern will, wolle Offerte unter A. Z. 41 an die Geschäftsstelle d. Bl. gelangen lassen.

Erster Akzidenzseher

auf der Höhe der Zeit stehende, langjährig bewährte Kraft, tüchtig und selbständig im Entwurf und Sage unter Verwendung gegebenen Materials, sowie zeichnerisch befähigt und durchgebildet, sucht in Leipzig Stellung. Studierend ist seit etwa drei Jahren in vorstehend bezeichnete Stellung in 2. tätig. Eintritt beliebig. Event. Beteiligung an kleiner aufstrebender Druckerei. Werte Zuschriften unter Nr. 614 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Selbständiger Notationsmaschinenmeister

energisch und solid, 27 Jahre alt, an einfachen, Zwilling's, Illustrations- und variablen Notationsmaschinen firm, mit Schnell- u. Tiegel- druckpressen vertraut, flottes, faub. Zurücksetz, sucht am liebsten in Tagesstellung dauernde selbständige Stell. W. Dff. an Otto Schuster, Leipzig a. M., Kreuzstraße 21, II. erb. [539]

Deutscher Buchdrucker-Kalender für 1904

von Ludwig Rexhäuser. Preis 1 Mk. Verlag von Radelli & Hille, Leipzig Salomonstrasse 8.

Maschinensetzer!

Ein Fachblatt, das mit technischen Winken und mit praktischen Ratschlägen den Arbeitern an den Setzmaschinen zur Seite steht und über alle Neuerungen und Fortschritte auch auf diesem Gebiete unterrichtet, ist der Deutsche Buch- und Steindruckere. Er brachte allein in seiner sogen. Maschinensetzer- ecke bisher über hundert Aufsätze, viele Berichte der fachtechnischen Vereine usw. Wer von den 2000 Maschinensetzern diese für jeden geleistete Arbeit noch nicht beachtet hat, möge in die Reihe der Bezieher dieser graphischen Monats- schrift eintreten. Nur wer sein Fach gründlich erfaßt, wird in ihm mit Befriedigung wirken! — Der Deutsche Buch- und Steindruckere kostet durch die Post vierteljährlich 2 Mk. In vielen Städten kesorgen Kollegen den Vertrieb und vermitteln den bequemener heftweisen Bezug. Probehefte stehen einzeln gegen 30 Pf. Portersatz, Vereinen gratis zur Verfügung. Geschäfts- stelle: Ernst Morgenstern, Berlin W 57, Dennewitzstrasse 19. [509]

Lochtype

höchst praktisch und einfach. Wird mit eingesetzt in Satz. Lochmaschine nicht mehr nötig. Geld u. Zeit erspart. Viele freiw. Anerkennungen.

L. Germann, Leipzig, Mittelstrasse 5. [608]

Von Herren Verehrern um die Maschinen- meißerstelle in unserm Hause zur Nachricht, daß dieselbe besetzt ist. [516]

Druckerei der Vorzeitung in Gildburgshäufen.

Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.
Mittwoch den 3. Februar
Maskenball
in den dekorierten Sälen des **Stranion** Eingang nur Ostra-Allee.
Einlaß 7 Uhr. * Beginn 8 Uhr. * Demaskierung 11 Uhr. * Ende 3 Uhr.
Eintrittskarten sind zu entnehmen bei sämtlichen aktiven Mitgliedern und beim Kollegen Schalle, Zigarrenhaus, Gerolfstraße 11. [481]

Ein Beschädigen des Schriftbildes unmöglich
Herm. Sachse,
Halle a. Saale
Ludwig Wuchererstr. 57.



Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg 6.

120 Sorten Zigarren in Preise von 31 bis 170 Mk. pro Mille. — Hochfeine Qualitäten in Vorstenland-, Sumatra-, Brasil-, Mexico-, Manila- und Havana-Zigarren. Preislisten stehen zur Verfügung.

Die feinsten Typographen usw. zum vortrag- dekanieren fingen gegen 25 Pf. portofrei. Buchhandlung, Leipzig S., Dutzendstr. 123.

Gutenberg

Brustbild in Lebensgröße.

Ausgabe I: Bildgröße 40 : 55 cm, Kartongröße 65 : 84 cm, Preis 7,00 Mf. Porto und Verpackung 0,50 Mf. Ausgabe II: Bildgröße 30 : 42 cm, Kartongröße 40 : 55 cm, Preis 3,00 Mf. Porto und Verpackung 0,30 Mf. Von der Fach- und Tagespresse als das Schönste bezeichnet.

Graphische Verlags-Anstalt P. Goldschmidt, Halle a. S.
Graphischer Anzeiger gratis und franko.

Graphische Gesellschaft Magdeburg.

Morgen Sonntag den 31. Januar, vor- mittags, in der Reichshalle:

Kalenderausstellung.

Eintritt frei. Im zahlreichen Besuch bittet der Vorstand. [549]

Die glückliche Geburt eines **Sungen** Ortsvereins zeigt hierdurch an **Mitgliedschaft Herford.** [550]

Am 23. Januar verschied unser lieber Kollege, der Setzer **Herm. Schirmer** aus Thorn im Alter von 69 Jahren. Sein biederes Wesen, sein kollegialer Sinn sichern ihm ein ehrendes Andenken. Buchdruckerl. L. Schumacher, Berlin.

Todes-Anzeige.

Am 26. Januar verstarb nach langem Krankenlager unser werter Kollege **Ludwig Rumbler.** Wir werden dem Dahingeschiedenen stets ein treues Andenken bewahren. Frankfurt a. M. [542] Die Kollegen der Druckerei Gebr. Knauer.

Adolf Knoblauch

im Alter von 80 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft Hellbronn. [548]

Technik der bunten Akzidenz. Rich. Gärtel in Leipzig a. M. — 3,50 Mf.